

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balz

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 27.

Donnerstag, den 1. Februar 1923.

163. Jahrgang.

Militärdiktatur im Ruhrgebiet.

Ankündigung scharfster Gewaltmaßnahmen.

Paris, 1. Februar. Eine offizielle Ankündigung wird wahrscheinlich noch heute an Deutsches Land gerichtet werden, worin der Reichsregierung die bevorstehende Anwendung einer ganzen Reihe von scharfen Maßnahmen, die nach der Ansicht Frankreichs wegen Deutschlands widerrechtlicher Haltung notwendig geworden sind, mitgeteilt wird. Es wird in dieser Ankündigung auch noch darauf hingewiesen werden, daß des weitern schwerwiegendere Maßnahmen vorgesehen werden, wenn Deutschland die französische Regierung dazu veranlassen würde. Weiter teilt die getriebene Weisung mit, daß zunächst eine ganze Reihe oberer Beamter aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werden sollen und daß die gesamte Abfuhr nach Deutschland unterbunden werden wird. Die Zollgrenze aber dürfte erst später eingerichtet werden; wahrscheinlich wird darüber noch einige Zeit verhandelt. Ministerpräsident Poincaré hatte am Mittwoch vormittag eine längere Besprechung mit Barthou, dem Vorsitzenden der Reparationskommission, und den interessierten Ministern wegen verschiedener Fragen betreffend die Ruhrbesetzung. Der Arbeitsminister Dr. Traeger empfing den Vorsteher der Saar-Kommission Kautz, mit dem er sich wegen der Frage der Lohnverbesserungen für die Bergarbeiter im Saargebiet unterhielt.

Die neuen zwischen Frankreich und Belgien getroffenen Abmachungen bedeuten nichts anderes als die Errichtung einer Militärdiktatur im Ruhrgebiet, um mit Verlegenheitsmaßnahmen, Gewalt, Drohungen usw. gegen die Arbeiter und Beamten eingreifen zu können. In Paris soll diese ganze Aktion von einem besonderen Komitee unter dem Vorsitz Poincarés geleitet werden, dem außer zwei bis drei Ministern Marcellin Hainé, General Weingand, Ferner Bouillon und Giffet angehören. Man will versuchen, dieses Direktorium später auf drei bis vier Personen zu reduzieren.

Vertagung der Kammerdebatten über die Ruhraktion.

Es steht schon jetzt fest, daß die Diskussion über die Ruhraktion, die am Freitag beginnen sollte, auf Wunsch der Regierung ohne Angabe eines Termins vertagt werden wird. Die Gruppen der Kammer sind der Ansicht, daß eine offene Auseinandersetzung über die Ruhraktion im Augenblick noch sehr gefährlich sei. Voraussetzungen sind am Donnerstag vor Schluß der Sitzung Poincaré einige Worte über die Ereignisse im Ruhrgebiet sagen.

Auffallende Zunahme von Verhaftungen

Berlin, 31. Januar. Es wurden verhaftet Oberzolldirektor Kaminski, erster Kassenbeamter vom Zollamt Hagen West, weil er die Kassenbücher nicht herausgegeben wollte; Steuerinspektor Woppenburg und Steuerinspektor Stempel beim Finanzamt Duisburg, gleichfalls ausgewiesen; Oberzolldirektor Sprengel in Hagen beim Hauptzollamt Außenhandelsstelle wurde gleichfalls am dem Zimmer entführt. Das Amt wurde von 20 belgischen Soldaten besetzt, jedoch der Dienst eingestellt werden mußte. Von den Beamten verlangte man die Herausgabe der Akten. Oberzolldirektor Augustinisch in Krefeld, der Vorsteher des Zollamtes Güterbahnhof und Oberzolldirektor Labius in Herdingen sind verhaftet. Beim Hauptzollamt Krefeld stehen weitere vier Verhaftungen bevor. Oberzolldirektor Waldow und Oberzolldirektor Rief in Duisburg verhaftet. Die Oberzolldirektoren Stander und Strick und der Oberzolldirektor Schulz beim Hauptzollamt Kreuznach wurden verhaftet, weil sie sich weigerten, den Kassenbüchsen herauszugeben. Oberzolldirektor Schäffner in Trier vom Hauptzollamt Landgräber verhaftet. Oberzolldirektor Sommer verhaftet und per Bahn weggebracht. Oberzolldirektor Schuba, der bereits am 16. verhaftet wurde, aber auf den Protest der Bevölkerung hin wieder freigelassen worden war, ist erneut verhaftet worden. Zollrat Hoff, Vorsteher vom Hauptzollamt Kaiserlautern, verhaftet, weil er das Annehmen, unter französischer Leitung zu arbeiten, trotz großer Preisdrückungen ablehnte. Vorsteher Zollamtmann Reinhardt, Oberzolldirektor Leuthardt und Zollrat Schardt beim Hauptzollamt Bochum verhaftet. Französische und belgische Kommissionen sprachen bei den Zollämtern Duisburg-Nordbahnhof Duisburg-Nord, Wipperfurth, Wipperfurth, Wipperfurth, Wipperfurth sowie den benachbarten Zollstellen vor und fragten die Beamten, ob sie unter ihrer Aufsicht arbeiten wollten. Die Beamten blieben ihnen die gebührende Antwort

nicht schuldig. Bürgermeister Altschhoff aus Bredingen ist von der Besatzungsbehörde verhaftet worden. Daraufhin traten alle Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten in einen 24-stündigen Proteststreik.

Am Mittwoch Abend wurde der Bürgermeister von Cleeve, Dr. Wolf, verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Der Bahnhof Cleeve ist von den Belgiern besetzt worden. Die deutschen Eisenbahner wurden vom Bahnhof vertrieben.

Mittwoch vormittag 11 Uhr ist der Direktor des Telegraphenamtes in Bodum, Lüdrich unter erbittertem Aufstand verhaftet worden. Schon lange Zeit vorher wurden die drei zum Postamt führenden Straßen durch eine über 100 Mann starke Militärbesatzung besetzt und abgesperrt. Die Bewohner aller umliegenden Häuser wurden durch Drohungen mit Revolvern und Gewehre gezwungen, alle Türen und Fenster zu schließen. Dann drangen die französischen Truppen in den Bahnhof ein, wofür sie auf den Straßen Maschinengewehre, an denen das im Hofe arbeitende Personal, sich in einem Abstellwagen zu befinden, der dann abgeführt wurde, und lösten schließlich den Direktor Lüdrich aus seinem Zimmer ab. Er wurde auf einem Lastautomobil unter starker militärischer Bewachung abtransportiert. Je ein Panzerautomobil begleiteten vor und hinter dem Lastautomobil den Transport.

Ausgewiesene wurden Zollinspektor Hoff in Trier, Bürgermeier Schick in Metzenlagen, Zollrat Dorr in Worms, Oberförster Kuntz in Kapellenbogen, Oberförster Müller in Nassau, Oberförster Kresch und Landrat Schuren in Dies, Zollrat Hofenbach in Düren, Zollrat Wagner in Trier, Oberzolldirektor Baum in Worms, der Direktor des Hauptzollamts in Ludwigshafen Sommer. Die Familien müssen die Städte binnen vier Tagen verlassen.

Noch zwei Armeekorps.

Mühlheim, 1. Februar. Die Franzosen lassen noch immer neue Truppen heranziehen. Es wurden auf den Annarschwegen auch Motorbatterien festgestellt, die an die Elzgräben gehen. Angekündigt sollen zwei Armeekorps aus dem Elsaß herangezogen werden sein, um noch im Ruhrgebiet eingesetzt zu werden, wo bereits zwei Armeekorps einquartiert sind.

Unter den in Trier angekommenen französischen Truppen wurden durch Befragen neunzigtausend Kesselfabrikanten festgestellt. Wie ausdrücklich bemerkt ist, handelt es sich dabei nicht etwa um Eisenbahner, die man zurückzubringen für den Dienst im besetzten Gebiet mobilisiert hat.

Der Krieg gegen die Eisenbahner.

Drohender Streit in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 31. Januar. Der Präsident der Eisenbahndirektion Ludwigshafen, Viebrich, wird seit Dienstag Abend mit sämtlichen höheren Beamten der Eisenbahndirektion in seinem Dienstgebäude festgehalten, da er sich geweigert hatte, einen Revers zu unterschreiben, nach dem er den französischen Befehlen bezüglich des Eisenbahnverkehrs zu folgen habe. Nachdem schon der Eisenbahnerstreik im ganzen Bezirk als Antwort auf den Requisitionsbefehl ausgeschrieben ist, sieht man erwarten, daß auch bei der Eisenbahndirektion Ludwigshafen als Gegenmaßnahme gegen das französische Vorgehen gegen den Präsidenten der Eisenbahndirektion die Eisenbahner zum allgemeinen Streik übergehen werden.

Wiesbaden, 31. Januar. Der Eisenbahnerstreik liegt völlig still. Der Bahnhof wird von französischen Truppen besetzt und ist in weitem Umkreise abgesperrt. Ein Zug, den französische Personal am Mittwoch früh von hier abließ, kam bis nach der 10 Minuten entfernt liegenden Station Dierdriesch und blieb dort liegen.

Die Betriebslage im Ruhrrevier

ist unverändert. Auch heute wurde wieder der größte Teil der angeforderten Wagen gestellt. Infolge der Stilllegungen ist die Betriebslage äußerst erschwert; jedoch leisten alle Beamten und Arbeiter das Bestmögliche. Sämtliche Lebensmittellieferungen sowie alle anderen Schaffungen und Gebrauchsgegenstände treffen nach wie vor auf dem freigebliebenen Strecken in großen Mengen im Ruhrgebiet ein. Wo hin die sechs am Dienstag verhafteten oberen Beamten der Reichsbahndirektion transportiert worden sind, ist noch immer unbekannt. Lieber die unerhörte Art des Abtransportes herfür allgemeine Empörung. Die Beamten wurden in ein militärisches Lastautomobil gebracht und in Richtung Bredingen abgeführt.

Anzeigenpreis Der halbjährliche Anzeigenpreis beträgt 50 Mk. ihre Anzeigenpolitik am Rhein in dem Zeitraum 150 Mk. Die laufende Monatsausgabe wird vom Heftchen auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 100 Mk. in Zahlung genommen. Ziffergebühr 30 Mk. Wort besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigen nach Luß vormittags 10 Uhr. Belegnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Zu den Beamtenausweisungen im Rheinland.

Genau so brutal wie im Ruhrgebiet geht die französische Gewalt gegen den Widerstand der Beamten und der Bevölkerung im Rheinland vor. Man kann geradezu von einem Vernichtungskrieg gegen das rheinische Beamtenamt sprechen. Durch die von der Rheinlandkommission verhängte Beschlagnahme der Zölle, Stößen und Wälder sucht die französische Rheinlandpolitik diese Gewalttätigkeit mit einem Schein des Rechtes zu umkleiden. Die Franzosen glauben, daß der Hauptwiderstand der rheinischen Bevölkerung gegen ihre Anzeigenspolitik am Rhein in dem Einfluß des preussischen Beamtenamts liegt, in einer „traditionellen Massenkur“ vor dem „preussischen Gendarm“. Daher die in den Programmen der Sonderländer, in allen möglichen Geheimberichten und den französischen Blättern immer wiederkehrende Forderung nach Entfernung der preussischen Beamten und Einföhrung von „alteingesessenen“ Rheinländern.

Bis heute haben die Franzosen etwa 100 bis 110 der leitenden Beamten verhaftet und ausgewiesen. Vor allem sind die Regierern, Zoll-, Finanz- und Fortbeamten der Ausweisung zum Opfer gefallen. Es ist den Franzosen tatsächlich gelungen, ganze Behörden auf diese Weise verwaltungsunfähig zu machen. So können die Regierungen in Trier, Aachen, Wiesbaden und Speyer ihre Verwaltungsaufgaben nicht mehr erfüllen, einfach, weil die Präsidenten und sämtliche höheren Beamten, die den Präsidenten hätten ersetzen können, ausgewiesen sind. In der gleichen Lage sind fast alle Finanz- und Zollämter. Die Leiter sind über den Rhein abgehoben, und nach zwei oder drei Tagen erteilt die Stellvertreter das gleiche Schicksal. Und schon beginnt der systematische Ausrottungsbescheid gegen die Landräte. Hier besonders in den Kreisen, wo ein paar Sonderbündler ihre Unruhen treiben. Selbst ein paar Oberbürgermeister und Bürgermeister solcher Städte sind vertrieben worden.

Sowohl es heute zu übersehen ist, ist unter den höheren Beamten zu gründlich aufgeräumt, daß teilweise bereits zu „Aushebung“ der mittleren und unteren Beamten geschnitten wird. Wer sich den „Befehlen“ der Rheinlandkommission widersetzt, erhält ein paar Stunden später den Ausweisungsbefehl zugesellt. Und wie erfolgen diese Ausweisungen! Zum Teil werden die Beamten von der Dienststelle weg verhaftet, für ein paar Stunden festgesetzt und dann durch ein paar Gendarmen über den Rhein gebracht. Nicht einmal die Familien werden benachrichtigt. Sie erfahren von dem Unglück erst durch den Befehl, innerhalb drei bis vier Tagen mit der gesamten Habe das besetzte Gebiet zu verlassen. Die armen Frauen wissen nicht einmal, was aus ihren Männern geworden ist, und wo sie sich aufhalten.

Das Ziel dieser brutalen Gewaltpolitik ist ein doppeltes. Die Franzosen hoffen, daß nach dem Überhand des Beamtenamts durch die „wahrenen Gendarmen“ zu werden. Und es ist in der Tat eine starke Versuchung die Frau der rheinischen Beamten, im Winter mit Frau und Kindern und Wäldern auf die Straße gesetzt zu werden und nicht zu wissen, wohin. Bis jetzt aber haben die Franzosen nicht einen gefunden, der sich der Gewalt gebeugt, der sein Vaterland verraten hätte!

Und die Folgen? Hier und dort versuchen die Franzosen, besonders in die Zoll- und Fortämter, höhere französische Beamte einzuschieben. Darauf verweigert überall das gesamte deutsche Personal den Dienst. Von den vielen „alteingesessenen“ Rheinländern, welche die Sonderbündler als Ersatz der preussischen „Landtremden“ Beamten angeblich in genügender Zahl zur Verfügung haben wollten, ist bisher nicht einer präsentiert worden. Der Sonderbündler Smeets schlägt in seinem Blatt einen Aufruf zur Benennung von für den Verwaltungsdienst geeigneten Persönlichkeiten. Es wird sich keiner melden! Die Folge ist eine allmähliche Desorganisation des gesamten Verwaltungswesens, die nicht nur für die Rheinlande verheerend sein muß, sondern auch gerade für die Ausführung der Sanktionsmaßnahmen äußerst peinlich ist. Alles in allem, Gewalttätigkeit über Gewalttätigkeit, Verwirrung über Verwirrung. Die Erbrüderung der Bevölkerung — man kann ruhig sagen, der Sab — wird von Tag zu Tag größer. Und damit zu groß der Widerstand, den die französische Politik doch berechnen muß. Mit Divisionen, Kanonen und Tanks ist sich ein Hand wohl besser, kann man eine Bevölkerung terrorisieren, aber nicht gewinnen.

Beilage zu Nr. 27 des Merieburger Tageblattes

Donnerstag, den 1. Februar 1923

An unsere Leser.

Die ungeheure Teuerungswelle, die ganz Deutschland durchflutet, hat auch das Druck- und Zeitungsgewerbe in ganz besonderem Maße erfaßt. Das Papier ist weit über das Doppelte, alle anderen Materialien sind ähnlich im Preise gestiegen. Löhne und Gehälter erfordern entsprechende Erhöhung. Um diese riesigen Mehrausgaben wenigstens in etwas auszugleichen, mußten wir die Bezugs- und Anzeigenpreise wiederum erhöhen.

Es kostet das Merieburger Tageblatt (Kreisblatt) daher für Februar Mk. 1450 für Abholer, Mk. 1500 frei Haus. Das Wochenabonnement (je für Montag bis Sonnabend) beträgt Mk. 380.— ab Geschäftsstelle. Die Einzelnummer des Tageblattes kostet Mk. 60.—, Sonnabends Mk. 90.—. Wir bitten, das Bezugsgehd für unsere Boten bereit zu halten.

Merieburger Tageblatt (Kreisblatt)

Teuerung und Lohn.

Die Preissteigerung nach der Ruhrbesetzung und die von ihr ausgelöste Erschwerung der Lebenshaltung hat erneut die Forderung nach Einführung eines gleichenden Lohnsystems ausgelöst. Vor kurzem ging eine Notiz durch die Presse, wonach das Reichsarbeitsministerium zur reibungslosen Durchführung der Lohnregelung in dieser kritischen Zeit die automatische Anpassung der Löhne an die Teuerung in Vorschlag gebracht habe. Auch in der Arbeiterpresse wird neben dem Bremsen der Preisbewegung als einzige Möglichkeit zur Vermeidung eines weiteren Rückganges der Lebenshaltung der Gleitlohn trotz aller gegen ihn sprechenden Bedenken als Lebensgangsmaßnahme empfohlen, um der Arbeiterschaft einen Anspruch auf ein Mindestmaß der Entlohnung zu geben. Die Lohnfrage hat zur Zeit eine umso größere Bedeutung, als hier neben die der Lage der Wirtschaft Rechnung tragenden Momente z. B. auch wesentliche politische Erwägungen treten. Daß es dabei für eine weitestgehende Lohnpolitik dringend notwendig ist, vor einer rein gefühlsmäßigen Betrachtung die Frage zu warnen, ergibt sich aus folgenden Zahlen: Bei einem Standardlohn von durchschnittlich 400 M. hatte die deutsche Gesamtbevölkerung in der ersten Januarhälfte eine Gesamtlohnsumme von wäsendlich 250 Milliarden und von jährlich mindestens rund 10 Billionen anzubringen. Würde man heute die bis jetzt mit Recht abgelehnte gleitende Lohnfala einführen, so würde, wenn man eine demnächstige Steigerung des amtlichen Be-

shaltungsindezes um etwa 100% unterstellen würde, die automatische Lohnanpassung die wäsendliche Lohnsumme auf ca. 1/2 Billion, die Jahreslohnsumme auf 20 Billionen M. erhöhen. Etwa ein Drittel des derzeitigen Notenumlaufs von rund 1 1/2 Billionen Mark würde damit für eine wäsendliche Lohnabgabe benötigt. Daß die vorhandenen Noten auch nicht im entferntesten ausreichen würden, diesen Betrag zu decken, liegt auf der Hand. Es würden dazu Hunderte von Noten in Höhe von vielen Milliarden, vielleicht sogar in Höhe des bisherigen Umlaufs notwendig sein, eine Aufgabe, die die Notenpresse ohne Ausgabe von Noten mit höchsten Zahlen garnicht bewältigen könnte. Dies es Bedürfnis der Wirtschaft würde neben das Bedürfnis des Reiches treten, das in der Rede des Reichsanwärtministers Permes mit dem von ihm festgestellten Defizit von fast 2 Billionen Mark bereits bekannt geworden ist. Neuer Notendruck und neues Reichsdefizit müßten alle bisher beobachteten inflationistischen, markterlösenden und preissteigenden Wirkungen auslösen, die ihrerseits wieder zu den an sich anerkannten markterlösenden Wirkungen des Gleitlohns treten und das Land noch verderben würden. Deshalb wäre die Einführung eines Gleitlohns auch als Lebensgangsmaßnahme im gegenwärtigen Zeitpunkt das Verheerliche, was die deutsche Wirtschaft machen könnte, zumal es sich bald als unmöglich herausstellen würde, den mit der Ruhrbesetzung verbundenen Druck auf die Lebenshaltung des deutschen Volks dadurch zu mildern. Es ist deswegen zu begrüßen, daß auch das Reichsarbeitsministerium auf Anfrage erklärte, nicht hinter der erwähnten Preispolitik zu stehen und auch seinerseits die automatische Lohnanpassung abzulehnen.

Politische Rundschau

Die Unterbringung der Vertriebenen.

Anruf der Deutschen Landwirtschaft.

Der stellvertretende Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, Freiherr v. Wangenheim, hat an die angeschlossenen Körperschaften folgenden Anruf gerichtet:

Der Herr Reichsernährungsminister Dr. Luther hat mich gebeten, durch den Reichsausschuh der deutschen Landwirtschaft darauf hinzuwirken, daß auch in der Landwirtschaft die aus dem besetzten Ruhrgebiet ausgewiesenen Familien Unterkunft finden mögen.

Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß es die Landwirtschaft als eine nationale Pflicht betrachtet wird, dieser Aufforderung nachzukommen. Demgemäß bitte ich alle dem Reichsausschuh angeschlossenen Körperschaften, sei es durch Weitergabe an die Organisationen in den Provinzen und Ländern, sei es durch direkte Anträge bei einzelnen Landwirten, fleißigst dafür Sorge zu tragen, daß die ausgewiesenen Familien in der Landwirtschaft eine Zufluchtsstätte finden. Die Anschriften von Landwirten, die einzelne Familien oder Familien aufnehmen wollen, bitte ich so bald wie möglich dem Reichsausschuh mitzuteilen.

Sein Gehör für die Polizei.

Der preussische Minister des Innern hat an den Oberpräsidenten von Münster einen Erlaß gerichtet, in dem sämtlichen Beamten der Polizei, mit Einschluß der Landjäger, verboten wird, die Fahnen und Offiziere der fremden Heere zu grüßen. Die ohnehin überaus schwierige Stellung der Polizei wird durch diesen Erlaß, der fäherlich wachsamsten ist, nicht erleichtert. Nach dem bisherigen vorbildlichen Verhalten der Polizei kann nicht bezweifelt werden, daß sie trotz der neuen Erschwerung ihre Pflichten auch weiter so gut wie bisher erfüllen wird.

Schiffverkehr in Berlin.

Berlin, 31. Jan. Schiffverkehr trifft am Sonnabend, von Lausane kommend, in Berlin ein. Er geht hier etwa zwei Wochen zu verbleiben, worauf er sich nach Moskau zurückgeben wird.

Die polnische Mark in Oberschlesien.

Breslau, 31. Januar. Der politische Handelsminister Dąbrowski, der zur Eröffnung der Handels- und Industrieausstellung in Katowitz wollte, kündigte die Einführung der polnischen Mark in Oberschlesien ab 1. März d. J. als gleichberechtigtes Zahlungsmittel neben der Reichsmark an.

Macht Rußland mobil?

London, 31. Januar. Die Zeitungen veröffentlichten eine über Schweden aus Moskau kommende Meldung, wonach die Chefs der russischen Armee Geheimnisse erhalten hätten, die Truppen auf den Kriegszug zu stellen. Entsprechend einem besonderen Plan sollen die Armeeführer mit den Einheiten an der Westgrenze Rußlands Aufstellung nehmen.

Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht ein Interview mit Litwinow. Es heißt dort: daß Rußland in nächster Zukunft die Truppen auf den Kriegszug zu stellen, so geschähe das nur, weil Deutschland das Opfer sei. Wenn es umgekehrt wäre, wäre die Rolle zwischen Deutschland und Frankreich Rußland gegenüber fäherlich vertauscht. Litwinow wies schließlich darauf hin, daß die Sowjets Frankreich durchaus nicht feindlich gegen sich fühlen, sondern eine Annäherung mit ihm als eines der wichtigsten Ziele betrachten. Die Sowjets seien sogar zur Neutralisierung des Schwarzen Meeres und der Dnieper bereit. Ferner demonstrierte Litwinow energisch das Gerücht, daß Rußland einen Einfluß auf die Erhebung in Mexiko gehabt habe.

Erhöhte Zulassung amerikanischer Einwanderer.

Newport, 31. Jan. Eine Senatskommission, die sich mit den Einwanderungsfragen in den Vereinigten Staaten beschäftigt hat, hat am 24. Januar beschlossen, den Prozentfuß der Einwanderer von drei auf fünf Prozent der Zahl der in den Vereinigten Staaten anfassigen Ausländer zu erhöhen. Der Prozentfuß von bisher drei Prozent entspricht nicht den Anforderungen der Industrie und der Landwirtschaft.

Die zweite Frau Trocki.

Trocki, der Kriegsminister der Sowjetregierung, der in vieler Hinsicht die treibende Kraft der Bolschewisten ist, hat sich von seiner Frau, die eine eifrige Revolutionärin und politisch sehr tätige Persönlichkeit war, scheiden lassen und an ihre Stelle eine junge russische Dame gesetzt, die eine sehr gegenrevolutionäre Vergangenheit hat. Die zweite Frau Trocki's, Natalia Ivanowna, ist nämlich die Tochter eines früheren zaristischen Generals, soll aber für die Bolschewisten das geringste Interesse haben, sondern sich nur um die Pflege ihrer Schönheit und ihrer Toiletten kümmern. Wie aus Moskauer englischen Blättern berichtet wird, erregt sie durch ihre kostbare Kleidung und ihre neuen Pariser Hüte allgemeines Aufsehen und den Reiz der ebenfalls sehr eleganten Damen der übrigen Sowjetkommunisten.

Prag will nicht vermitteln.

Prag, 31. Januar. Im Außenamt des Abgeordnetenhauses hatte der deutsche Sozialdemokrat Czoch den Antrag gestellt, die Prager Regierung möge in England und Amerika Schritte tun, damit in der Reparationsfrage interveniert werde. Dr. Beneš hat sich dagegen ausgesprochen, worauf der Antrag abgelehnt wurde. In der Debatte über das Exposé des Außenministers kritisierten die deutschen Redner die französische Politik, worauf Dr. Beneš im Schlusswort die Kritik zum Teil als berechtigt anerkannte.

Ein Scharfechter gestiftet.

Warschau, 31. Jan. Die Verfügung über die Hinrichtung des Präsidentenübersetzers bezogener Schwierigkeiten, da in Polen die Todesstrafe bisher durch Erschießen geschah und die bürgerlichen Gerichte keine Vollstreckungsorgane für diese Hinrichtungsart besaßen. Der Kriegsminister lehnte es ab, Soldaten zur Verfügung zu stellen. Das Gerich für den Mörder ist bereits fertig und ein Tag bereit, aber der Tag der Hinrichtung kann somit noch nicht bestimmt werden.

Aus Provinz und Reich

Mausüberfall auf einen Bahnwärter.

Dresden, 29. Januar. In der Nacht zum 20. Januar wurde ein 65 Jahre alter Bahnwärter St. in Mittelgrund an der Gise (Tischschloß) von zwei Unbekannten in seinem Wohnhause überfallen, schwer bedrängt und beraubt. Die beiden Täter wurden jetzt in Dresden von der dortigen Kriminalpolizei in einem Schlosser und einem Arbeiter ermittelt und festgenommen. Sie hatten von der Dresdener Heberge aus ihre Verbrechen durch die Tischschloß unternehmen und waren von der 40-jährigen Tochter des Bahnwärters mehrere Tage bedrängt und beherbergt worden. Die Tochter erzählte beiden von den Geldbesparnissen ihres Vaters und machte den Vorschlag, den Vater zu ermorden. Die drei wollten sich dann die Beute teilen. Durch die beständige Gegenwehr des alten Mannes mißglückte der Mordversuch. Inzwischen ist auch die Tochter verhaftet worden.

Millionendiebstahl bei der Interalliierten Kommission.
Berlin, 30. Januar. In der Nacht zum Sonntag drangen Einbrecher in das verschlossene Magazin der Interalliierten Kommission, Karlsrufer Str. 12, ein und raubten 25 Autocisten, 24 Schläuche, zwei Schachspiele, einen Chauffeurmantel und andere Gegenstände im Gesamtwerte

von etwa 15 Millionen Mark. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Der Raubmord an dem Amerikaner Nowak.

Berlin, 29. Januar. In Sachen des Raubmordes an dem Amerikaner Nowak in Berlin ist die polizeiliche Ermittlung nunmehr abgeschlossen, so daß die beiden Verdächtigten, der Engländer Norman Yellin und seine Geliebte, Martha Marianoff, in das Untersuchungsgefängnis Moabit übergeführt wurden. Die Ermittlungen haben noch ergeben, daß der in Freiheit befindliche Hauptverdächtige Müller von Beruf Chemiker ist und in Brüssel Monate hindurch ein Laboratorium betrieben hatte, wo er sich in der Hauptsache mit der Herstellung von Giften befaßte. Hier hatte er auch das bei der Tat verwendete giftige Karbolikum hergestellt. Als Chemiker mußte er dessen Wirkung genau kennen. Es ist festgestellt worden, daß das Gift, das Nowak bereits in der Dose in dem Kaffee gereicht wurde, genügt, einen Menschen zu töten. Bei dem Anschlag auf Nowak ist es daher nicht nur auf eine Verurteilung, sondern auch auf die Festung des Mannes abgesehen worden.

Bunte Zeitung

Ihre Einführung.

In den Läden einer kleinen Modistin in Rotterdam schwebt eine reizende kleine Schaupislerin. Eine Parfümwolke schwebt ihr nach. Sie führt Verhandlungen wegen eines neuen kapriziösen Hutes, der besonders sensationell sein soll, um die Konkurrenten zu schlagen. Er ist sehr billig und er auch so n., betont die Klein, reizt die Schaupislerin. Nach langem Prüfen einigte man sich, und es wurde ein Hut gewählt, der nicht mehr als 50 Gulden kostet. Der Hut wird bezahlt, aber die reizende Dame hinaus-schwebt, meint sie zur Modistin: „Bitte, kein Sie aber jetzt so freundlich und stellen mir über diesen Hut zwölf Rechnungen aus, elf auf 100 Gulden für meine Freunde und eine auf 300 Gulden für meine Konkurrentinnen!“

Vom Hoflauchkraut.

Eine Pflanze, die ganz in Vergessenheit geraten ist, ist die Hoflauch. Und doch ist ihre Nützlichkeit sehr empfehlenswert. Durch neue Wurzelstöcklinge und durch Wurzelstellung älterer Sträucher kann man nach und nach eine reine Hoflauchkultur erzielen. Das Teilen der Wurzeln hat mit Vorsicht zu geschehen, und zwar gleich im Boden, wozu die beste Zeit der Herbst oder das Frühjahr ist. Danach hebt man sie heraus und pflanzt sie. Ein Auslichten und Ausputzen hat alljährlich zu erfolgen. Der Anbau von Hoflauchsträuchern liefert nach fünf bis sechs Jahren sehr gute Erträge. Aber auch das Holz der Hoflauch ist sehr willkommen und wird von den Storbodenflechten hoch geschätzt. Auch bildet das Holz, ein gutes Brennmaterial jeder Kleinigkeit, der eine Gasse im Garten hat, sollte sie mit Hoflauchsträuchern bepflanzen. Selbst in armen Boden, wie an Böschungen, Rainen usw. gedeiht dieser Strauch.

3 Millionen Nfl. für ein Jahr in der Moskauer Elektrizität.
Aus Moskau wird geschrieben: Vom 15. Januar an sind die Fahrpreise in der Moskauer elektrischen Straßenbahn wiederum erhöht worden. Der Fahrpreis für die längste Strecke beträgt 1 Rubel 50 Kopeken in Geldzeichen des Jahres 1923, und für die längste Strecke 3 Rubel. 1 Rubel der Emission des Jahres 1923 entspricht 1 Million Sowjetrubel der früheren Emissionen.

Der Monat der Valentinstag

Er steht eigentlich der Februar. Wird doch in diesem Monat auch das diesen Erzeigen gewidmete Fest gefeiert, eines der feinsten allergermanischen Volksfeste, das sich seit und da bis auf unsere Tage erhalten hat. Es wird zwar nicht mehr auf gleiche Weise und zu derselben Zeit begangen wie in früheren Zeiten. Die auf uns gekommenen Liebesfeste sind jedoch, das darf uns getrost sagen, aus ein und demselben Stamm entspringen. Nach der Sage sollen die Menschen im Hinblick darauf, daß am Tage des heiligen Valentin (14. Februar) die Vögel sich zu paaren pflegen, auf den Gedanken gekommen sein, an diesem Tage Liebende zusammenzugeben. Mehr Wahrscheinlichkeit hat jedoch die Deutung für sich, welche die Entstehung des Festes in die vorchristliche Zeit versetzt. Der Monat „Vorname“ war der Febr., der Göttin der Liebe, geweiht, und es war uralter Brauch, gerade während dieses Febr. monats Liebespaare zusammenzugeben und Herzgebändnisse unter Beobachtung gewisser Gebräuche zu schließen. In England pflegen sich noch heutigen Tages Personen verschiedener Geschlechts, insbesondere Liebespaare, am Valentinstag rechtliche Briefe zu schreiben. In Schweden werden die Valentinstage am ersten Fastensonntag ausgerufen; der Name „Valentinstage“ verdrängt jedoch, daß das Fest auch ursprünglich am Valentinstage gefeiert wurde. Am Valentinstag werden noch vielfach in verschiedenen Ländern, besonders in England, heitere Feste gefeiert, wie diese Feste z. B. auch Götter Freytag in seinem bekannten Schauspiel „Valentine“ geschickt zu verdecken verstanden hat.

Wäcker.

Wäcker, Adulf von Wäcker, der bekannte Marschall vom März, hat seine eigenen Piepenmacher, Christian Hennemann, dem es oblag, seine Piepen zu kopieren und ins Land zu halten. In einer Schlacht gab er ihm die kurze Trompete, die er gerade im Munde hielt, mit den Worten: „Da, halt sie warm, ich komme gleich wieder!“ Und er ging auf den Feind los. Spät abends, nach geschlagerener Schlacht, kehrte der Held aber auf den Platz zurück, wo er richtig seinen Piepenmacher räumend fand. Dieser sagte vorwurfsvoll: „Mehrere hätten sie mir vom Munde geschossen, die hast du nicht!“ Wäcker nahm sie und entschuldigte sich: „Ich hat etwas länger gedauert, die Kerle wollten eben nicht gleich losen!“

„Unter Friedenspreis“.

Aus Bad Wildungen wird uns geschrieben: In dem Ort: Wobers hielt ein Mann Schachfest. Als der Tischchenbesitzer 540 Mark Gebühren verlangte, gab es eine erregte Auseinandersetzung. Der Bant blieb ruhig und bemerkte trocken: Ja, wenn Sie mich in Silber bezahlen, dann tue ich es noch unter Friedenspreis. Demals kostete wohl der Spuk zwei Mark. . . . Er erwiderte der Schachspieler, wenns weiter nichts ist. . . . ? Dann ließ er in das Haus, holte flugs ein Zweimarkstück, drückte es dem Tischchenbesitzer in die Hand, und hochzufrieden ging man auseinander. Erst ein paar Stunden später mußte der Mann, der mit Silber bezahlt hatte, ein lautes Geschrei auslösen, daß dem Bant für die silbernen zwei Mark sofort 3000 Mark geboten worden waren. . . .

Dr. Reppin's Barköle unverfälscht